

„Borders are what states make of it“

Bericht zum 45. AFK-Jahreskolloquium

Frieden und Grenzen:

Herausforderungen für die Friedens- und Konfliktforschung

von Ingo Henneberg¹

Das Jahreskolloquium 2013 der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) wurde in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing sowie der Evangelischen Akademie Villigst durchgeführt und fand vom 28. Februar bis 2. März in Tutzing statt. Gefördert wurde die Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF).

Begrüßung und Einführung

Das Kolloquium begann am Freitag den 28. Februar mit der Begrüßung der TeilnehmerInnen durch die drei Veranstalter. Zunächst ging *Dr. Anja Opitz*, Akademie für Politische Bildung Tutzing, kurz auf die Geschichte und Funktion der Akademie für Politische Bildung Tutzing ein und hieß alle TagungsteilnehmerInnen willkommen.

Uwe Trittman, Studienleiter der Evangelischen Akademie Villigst, begrüßte als zweiter Veranstalter an diesem für ihn ungewohnten Ort und bedauerte, dass es in diesem Jahr leider keine Möglichkeit gegeben habe in Villigst zu tagen.

Dr. Regine Mehl, 1. Vorsitzende der AFK, machte in ihrer Begrüßungsrede den thematischen Aufschlag mit einem Zitat aus Konrad Paul Ließmanns „Lob der Grenze“ und gab mannigfaltige Beispiele dafür, welche Formen und Funktionen Grenzen auf unterschiedlichsten Ebenen einnehmen können. Grenzen, so Regine Mehl, seien wichtig für Frieden und müssten anerkannt werden, um wirksam zu sein. In der Globalisierung komme es zu einer Entgrenzung; die Abschaffung von Grenzen sei ein traditionelles Friedensprojekt; im Konflikt würden Barrikaden als Grenzen errichtet; der Rechtsstaat sei eine Begrenzung herrschaftlicher Willkür; Recht setze Grenzen; es gäbe moralisch-ethische Grenzen oder Anstandsgrenzen; Kunst würde Grenzen einreißen oder neudefinieren; Grenze seien vorläufig; die Flucht über Grenzen bedeute häufig Schutz... Die Friedens- und Konfliktforschung (FuK) und insbesondere die kritische Friedensforschung habe sich sehr stark mit Grenzen auseinandergesetzt, es gäbe aber auch disziplinäre Grenzen, die manchmal überwunden werden müssten.

Nach diesen einleitenden Worten folgte ein Ausblick auf die einzelnen Panels und Plenarveranstaltungen der gesamten Tagung.

¹ Herzlicher Dank gilt *Lisa K. Bogerts*, *Bettina Engels* und *Friedrich Plank* für die Mitarbeit an den Berichten paralleler Panels sowie des Treffens der Friedensforscherinnen.

Eröffnungsvortrag „Der Arabische Frühling in vergleichender Revolutionsanalyse“ von Prof. Dr. Ekkart Zimmermann (TU Dresden)

Der Moderator *Uwe Trittman* (Evangelische Akademie Villigst) stellte *Prof. Dr. Ekkart Zimmermann* (TU Dresden) als einen interdisziplinären Grenzgänger und Deutschlands einzigen Revolutionsforscher vor.

Eingangs wies Zimmermann darauf hin, dass die Wissenschaft die „große Mutprobe“ bei Revolutionen nicht erklären, sondern nur nach Kategorien, Netzwerken und Strukturen suchen könne, die Revolutionen zugrunde lägen. Er unterteilt Revolutionen in vier Phasen: Zunächst herrsche eine große Krise (Systemalternativen werden gedacht), dann ergäbe sich eine revolutionäre Situation – wie im Mai 1968 in Deutschland oder im arabischen Raum 2011 – anschließend käme es zu einer Verstetigung dieser Situation und einem Elitendissens und schließlich zu einer tatsächlichen Revolution. Zentral sei dabei immer eine Herausforderung des Gewaltmonopols, bei dem das bestehende Regime das Gewalt- und Meinungsmonopol verliere. Nach einer Revolution sei der Übergang zur Demokratie – vor allem durch die Frage nach der Kooperation alter und neuer Eliten – besonders schwierig und würde sehr lang dauern. Demokratien verfügten durch ihre in der Regel höhere Wirtschaftseffizienz über einen Legitimitätspuffer, der sie in Krisenzeiten weniger anfällig für Umstürze sein ließe.

Nachfolgend übertrug Zimmermann die abstrakt vorgestellten Analyse Kriterien auf die acht Staaten der „Arabellion“. Diese unterteilte er zunächst in drei Ländergruppen: erstens Tunesien und Ägypten, zweitens Libyen, Bahrain und Jemen und drittens Syrien. Marokko und Jordanien würden durch ihre „Reformen von oben“ aus dem Raster fallen.

Abschließend stellte er mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung der Revolutionen vor. Es könne zu einer Zerreibung zwischen den Extremen, zum Wiedereingreifen der Armee und oder sogar zum Staatszerfall kommen. Zimmermann plädierte für eine starke Unterstützung der Region durch die EU, was zum Beispiel durch den Wegfall von Zöllen und Handelsbeschränkungen geschehen könne.

In der anschließenden intensiv geführten Diskussion stand zunächst die Frage nach dem Revolutionsbegriff im Raum. In weiteren Beiträgen wurde über den relativen Rückzug der USA aus dem arabischen Raum und eine mögliche Rolle der EU debattiert, sowie über den Moment der Grenzüberschreitung sowohl auf Seite der Rebellierenden als auch auf der Staatsseite, die Rolle der arabischen Sprache und Kultur als Kommunikationszusammenhänge sowie über den Einfluss der Globalisierung beziehungsweise der weltwirtschaftlichen Lage.

Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen

Etwa 25 Friedensforscherinnen und Friedenspraktikerinnen aus Hochschulen, außeruniversitären Instituten und Nichtregierungsorganisationen trafen sich zum jährlichen Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen, das von der AFK-Frauenbeauftragten Dr. Bettina Engels (FU Berlin) moderiert wurde.

Besonderer Schwerpunkt in diesem Jahr war die Frage, wie es gelingen kann, Geschlechterperspektiven auf den zukünftigen AFK-Jahreskolloquien breiter zu verankern sowie die Hürden für Frauen, sich mit eigenen Beiträgen zu beteiligen, zu verringern. Hierzu wurden folgende konkrete Vorschläge erarbeitet: Eine Liste möglicher Referentinnen wurde erstellt, die feministische Perspektiven in zukünftige Tagungen einbringen können. Aus den

Reihen des Netzwerks Friedensforscherinnen könnten so gezielt Frauen als Diskutantinnen für die Panels auf den Jahreskolloquien eingeworben werden. Unabhängig vom Rahmenthema der Kolloquien wäre ein Auftaktvortrag oder ein Kommentar zu der Frage spannend, wie sich das Kolloquiumsthema aus Geschlechterperspektive darstellt. Diverse Themenvorschläge für Panels mit Geschlechterschwerpunkt auf den nächsten Jahreskolloquien wurden besprochen. Es wurde außerdem darüber diskutiert, dass eine strukturelle Hürde, vor der Frauen noch häufiger stehen als Männer, in den prekären Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb im deutschsprachigen Raum bestehe.

Treffen des Arbeitskreises Curriculum der AFK: „Anders Lehren und Lernen – innovative Beispiele aus der Friedens- und Konfliktforschung: Peace Counts University“

Nach einer kurzen Einleitung von *Dr. Thomas Nielebock* (Universität Tübingen), präsentierten *Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach* (Universität Gießen) und *Uli Jäger* (Berghof Foundation/Friedenspädagogik Tübingen) in ihrem Vortrag „Anders Lehren und Lernen - innovative Beispiele aus der Friedens- und Konfliktforschung: Peace Counts University“ das Projekt Peace Counts und seine universitäre Ausprägung. Das ursprünglich aus dem Bereich des (Friedens-)Journalismus kommende Projekt habe sich zum Ziel gesetzt, gezielt über Frieden und Friedensprojekte in aller Welt zu berichten und dadurch zur Nachahmung anzuregen. „Peace Counts School“ trage die Diskussion über Frieden in die Schulen, während das neuste Projekt „Peace Counts on Tour“ der Zurückspiegelung in Konfliktländer diene und die Möglichkeit eröffnete, am Beispiel anderer Konflikte zu lernen. Kern aller Teilprojekte sei die Verknüpfung von biografischem Lernen mit Best-Practice-Beispielen. Die universitäre Version „Peace Counts University“ sei bereits an der Universität Gießen erfolgreich in drei verschiedenen Varianten erprobt worden: als einzelne Seminarsitzung, als komplette Seminarreihe sowie in der breitesten Version als Begleitstudienprogramm.

Im zweiten Teil des Treffens berichteten die SprecherInnen über die Veranstaltungen des Arbeitskreises im vergangenen Jahr. So fand eine von der DSF geförderte „Praxis-School“ für Studierende mit einem Theaterworkshop und Mediationschwerpunkt statt, welche von Studierenden sehr positiv aufgenommen wurde. Beim AK-Jahrestreffen in Hamburg fand im November 2012 ein intensiver Austausch der Verantwortlichen der Masterstudiengänge statt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt bildete das Thema Feedback sowie eine Veranstaltung zum sogenannten „Servicelearning“ und dessen sinnvolle Integration in bestehende Lehr- und Lernkonzepte.

Treffen des Arbeitskreises Theorie

Beim Treffen des Arbeitskreises Theorie wurden die 15 TeilnehmerInnen zunächst von den SprecherInnen des AK, *Prof. Dr. Christina Schües* (Universität Lüneburg), *Dr. Andreas Bock* und *Julika Bake* (beide Universität Augsburg), begrüßt. Das SprecherInnenteam berichtete über die Arbeit der letzten Jahre und dabei insbesondere von der durch die DSF geförderten Tagung „Alles hat seine Zeit – auch der Friede? Friedenstheorien und ihre Zeit- und Zukunftskonzeptionen“ im November 2012 in Augsburg. Die Tagung beschäftigte sich mit Zeithorizonten, zeitlichen Diskurskonzepten, der Frage nach der Zukunftsdimension von Friedensforschung oder Zeitvorstellungen von Friedensschaffenden. Ziel der Tagung war es, das Verhältnis von Zeit und Frieden in Bezug auf ihre Voraussetzungen und theoretischen

Implikationen, gesellschaftlichen Transformationsprozesse wie auch politischen oder ethischen Ansprüche zu erklären. Dabei wurde auf verschiedene Ansätze, etwa aus der Sozialphilosophie und der Geschichtswissenschaft, in analytischer, begrifflicher sowie phänomenologischer und systemtheoretischer Perspektive zurückgegriffen.

Das SprecherInnenteam des Arbeitskreises berichtete zudem von weiteren Tätigkeiten der letzten Jahre, die oftmals auch von externen Interessierten angeregt wurden. Diese externe Unterstützung soll in den nächsten Jahren intensiviert und dementsprechend die Organisation und Moderation von Themen und kreativen Ansätzen selbstständig entwickelt werden. Zum Abschluss diskutierten die TeilnehmerInnen potentielle Themen oder Ideen, etwa eine stärkere Fokussierung auf Friedentheorien oder den Zusammenhang von Friedenspädagogik und Theorie.

Grenzen zwischen staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt

Das erste Panel beschäftigte sich in zwei Teilen mit den Grenzen zwischen staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt. Nach einer kurzen Einführung von *Prof. Dr. Ulrich Schneckener* (Universität Osnabrück) übernahm *Andrea Pabst* (Universität Osnabrück) die Moderation des ersten Panelteils.

In seiner Rolle als Papergiver stellte *Ulrich Schneckener* seinen Beitrag „Zum Verhältnis von staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt“ vor, der ein Auszug aus einem Buchprojekt zu Formen nicht-staatlicher Gewalt ist. Zunächst führte er in das Begriffspaar staatliche/nicht-staatliche Gewalt ein. Mit staatlicher Gewalt sei untrennbar das Gewaltmonopol verbunden, welches die Sphären öffentliche und private Gewalt trenne. Private Gewalt stelle das Gewaltmonopol infrage. Staatliche Gewalt habe eine doppelte Ordnungsfunktion nach Innen und Außen; der Staat sei Gewaltakteur weil er Ordnungsakteur sein sollte. Parastaatliche Gebilde wie „HAMASTan“, „Savimbi-Land“ und Somaliland würden (begriffliche) Grauzonen schaffen, ebenso wie der Staatszerfall oder Regimewechsel. Würde eine Präsidentengarde nach Sturz des Diktators weiterkämpfen, könne man dann nicht mehr von staatlicher Gewalt sprechen. Grundsätzlich gäbe es wesentliche Asymmetrien zwischen staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt, der Staat habe das Gewaltlegitimierungsmonopol und damit eine starke Definitionsmacht. Legitimität und Legalität könnten eng gekoppelt werden, daher sei staatliche Gewalt grundsätzlich völkerrechtlich privilegiert. Trotz aller Verschwommenheit stelle der Staat und mithin staatliche Gewalt aber weiterhin den normativen Referenzrahmen dar (Staat als Beute, Negation des Staates etc.), so schloss Schneckener seinen Vortrag.

Im zweiten Vortrag stellten *Sandra Wienand* und *Christoph König* (beide Universität Osnabrück) das von Ulrich Schneckener geleitete Forschungsprojekt „Security Governance durch Milizen“ vor. Die zentrale Frage des Projektes sei, welche Rolle Milizen bei der Schaffung von Sicherheit in Gewaltkonflikten spielen, wie effektiv diese sind und wie stark sie vom Staat kontrolliert werden. Idealtypisch ließen sich drei Milizformen feststellen: erstens sogenannte „counter-insurgency“, bei denen der Auftraggeber der Staat und der Gegner in der Regel Rebellengruppen seien (Beispiel: PAC Guatemala); zweitens „counter-rival“-Milizen, bei denen der Schutz der eigenen Gruppe oder deren Eliten im Vordergrund stünde (Beispiel: AMAL-Miliz im Libanon). Eine dritte Gruppe bildeten „counter-crime“-Milizen, welche sich selbst beauftragen und als Bürgerwehr auftreten (z.B. „Bakassi Boys“ in Nigeria). Im Forschungsdesign sollen die Governance-Leistung und deren unterschiedliche Modi (Effektivität; Legitimität) gemessen werden. Eine intervenierende Variable sei dabei die

Kontrolle bzw. der Kontrollverlust durch den Staat. Ausgewählt würden vier Fälle, die in qualitativen Einzelfallstudien, inklusive einer Prozessanalyse, bearbeitet würden.

Sonja Grigat (Universität Magdeburg) stellte im dritten Vortrag ihr Paper „Kooperation zwischen Staat und bewaffneten Gruppen in der Gewaltausübung (Philippinen/Mindanao)“ vor. Auf der theoretischen Grundlage von Bourdieu sowie Webers Modell der bürokratischen Herrschaft untersuchte sie das Agieren der beiden Rebellengruppen MILF und MNLF im Mindanao-Konflikt. Während die MNLF eine Kriegsökonomie aufbaute, etablierte die MILF Strukturen alternativer Herrschaft, die zu einer Bürokratisierung der MILF führten. Diese Bürokratisierung hatte Auswirkung auf die Kooperation der MILF mit der philippinischen Regierung. Durch eine Kodifizierung von Absprachen kam es laut Grigat zu einer sprachlichen Formalisierung und Angleichung der beiden Parteien. Die drauf folgende Offizialisierung (Veröffentlichung) von Rechtsakten führte im Anschluss zu einer Synchronisierung und Verregelung der Interaktionen zwischen beiden Seiten. Die Referentin stellte heraus, dass der im Zuge der Bürokratisierung entstandene Verwaltungs-Habitus eine wichtige Rolle zu spielen scheine.

In der sich anschließenden Diskussion wurden zunächst begriffliche Schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme debattiert und von den Referenten des Schneckener-Projekts noch einmal die Relevanz des Staates als Referenzrahmen (für die Legitimation von Gewalt) hervorgehoben.

Im zweiten Teil des Panels stellte der Moderator *Ulrich Schneckener* zunächst kurz die Vortragenden vor, danach präsentierten *Boris Wilke* und *Ciaran Wrons-Passmann* (beide Universität Bielefeld) ihre Forschung zum Thema „Privatisierung als außen- und sicherheitspolitische Strategie? Die Rolle nicht-staatlicher Gewaltakteure im AFPAC und Darfurkonflikt“. Sie stellten dar, dass der nicht-staatliche Gewaltakteur dort als Problem fungiere, wo er als Kennzeichen von Staatsschwäche auftrete. Der Staat sei dabei sowohl Opfer (Staatzerfall) als auch Täter (gewollte Schwäche). Man müsse deshalb die Frage stellen, warum der Staat mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren kooperiere. Im Anschluss stellten Wilke und Wrons-Passmann die Fallbeispiele Pakistan und Sudan vor. In Pakistan ließe sich erkennen, dass die Armee eine starke Versorgungsfunktion inne habe und eine geringe Fragmentierung aufweise. Es existiere eine Vielzahl von islamistischen Gewaltakteuren, die sich seit 1947 im Dienst des Staates befänden. Im Sudan steige seit 1989 der Einfluss von paramilitärischen Einheiten, die Grenzen zwischen dem Militär und diesen Milizen verschwimme. Abschließend stellten die Vortragenden fest, dass zwischen den nicht-staatlichen Akteuren ein unterschiedliches Verhältnis zum jeweiligen Staat bestünde. Im Sudan ließe sich *divided rule*, in Pakistan *indirect rule* feststellen.

Im zweiten Vortrag zum Thema „Die performative Konstruktion staatlicher Grenzen und deren Herausforderung in der palästinensischen Nationalbewegung während der ersten Intifada“ konzentrierte sich *Manuel Winkelkotte* (HU Berlin) auf die gespaltene Palästinensische Nationalbewegung. Es ließen sich innerhalb dieser Gruppe verschiedene Grenzziehungen identifizieren, etwa bezüglich der Position in der nationalen Öffentlichkeit, im militärischen Feld oder zwischen legalem und kriminellen Handeln. Die einzelnen Gruppen innerhalb der Palästinensischen Nationalbewegung schrieben sich selbst und dem anderen spezifische Positionen zu. Während die PLO die Hamas als Marionette externer Kräfte darstelle, sei die PLO für die Hamas ein stark säkularer Akteur, der zunehmend auf Verhandlungen mit dem Feindbild Israel setze. Abschließend erläuterte Winkelkotte die verschiedenen Positionierungen der beiden Gruppen. Während sich die Hamas auf der

Position des bewaffneten Kampfes etabliert habe, fungiere die PLO als quasi-staatliche Organisation.

Im dritten Beitrag mit dem Titel „Contentious Politics in Transitional Justice Prozessen“ fokussierte sich *Andrea Papst* (Universität Osnabrück) auf Grenzziehungen in der *Transitional Justice* (TJ). Hier spielten politische Interessen und Machtkonstellationen eine Rolle, TJ fungiere als politischer Raum. Die Deutungskämpfe hierbei könnten als Form von *contentious politics* aufgefasst werden, d.h. im Fokus stünden kollektive Akteure. Andrea Papst warf die Frage auf, welchen Einfluss TJ auf Handlungsmöglichkeiten und Repräsentation von Akteuren habe und welche Einflussmöglichkeiten organisierte gesellschaftliche Akteure in TJ-Prozessen haben. Die Grenzen des Feldes TJ seien festgelegt und könnten nicht leicht verändert werden. Papst resümierte, dass TJ als Masterframe der Post-Konflikt-Gesellschaft fungiere und einschränkende wie auch öffnende Wirkungen entfalten könne.

Die Diskussion drehte sich unter anderem um die Fragen, warum Akteure als nicht-staatlich eingestuft werden, wenn die Bereitstellung von Ressourcen durch den Staat erfolgt oder warum der Staat das Gewaltmonopol abgebe.

Grenzziehungen der Friedensforschung: Wissenschaftssoziologische Rekonstruktionen zur Entstehung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das zweite Panel „Grenzziehungen der Friedensforschung: Wissenschaftssoziologische Rekonstruktionen zur Entstehung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde von *Prof. Dr. Christoph Weller* (Universität Augsburg) moderiert und beschäftigte sich mit einem Projekt des Moderators zur wissenschaftssoziologischen Rekonstruktion der Friedensforschung in der Bundesrepublik, das er gemeinsam mit *PD Dr. Stefan Böschen* (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse ITAS, Karlsruhe) und *Prof. Dr. Philipp Gassert* (Universität Augsburg) durchführt. Das Projekt stellt die Frage, warum es in den 1960er und 1970er Jahren zur Entstehung und ersten Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland kam.

Stefan Böschen eröffnete mit seinem Beitrag „Die Disziplingeschichte der Friedens- und Konfliktforschung als Entfaltung einer heterogenen Wissenschaftskultur – eine wissenschaftssoziologische Perspektive“. In einem ersten Schritt betrachtete er das Erkenntnisinteresse der FuK, deren spezifische Formierung als Wissenschaftsfeld die Berücksichtigung ihrer Heterogenität benötige. Eine wissenschaftssoziologische Perspektive untersucht dabei Formen und Prozesse der Wissenschaft, wobei ein institutionalistisches und ein konstruktivistisches Paradigma relativ unverbunden nebeneinander existierten. In seinem zweiten Schritt konzentrierte sich *Stefan Böschen* auf die FuK als problemorientierte Disziplin. Er stellte dabei Analogien zwischen der Technikfolgeschätzung und der FuK her, die beide durch eine hohe interdisziplinäre Komplexität sowie einer hohen Problemorientierung, die auch als Problemwahrnehmung fungiert, geprägt seien. In einem dritten Schritt erläuterte der Vortragende den Stellenwert einer wissenschaftskulturellen Perspektive.

Den zweiten Vortrag des Panels unter dem Titel „Internationale und gesellschaftliche Kontexte der Entwicklung der FuK in der BRD – eine wissenschaftshistorische Perspektive“ hielt *Philipp Gassert* von der Universität Augsburg. Im zeitgeschichtlichen Kontext der 1960er und 1970er Jahre sei es zu einer Expansion der Sozialwissenschaften gekommen, die mit einer institutionellen Vergrößerung einherging. Lange Zeit sei die FuK auch eine

Querschnittswissenschaft ohne ein eigenes, institutionalisiertes Fach gewesen. Die Neugründung etlicher Universitäten in den 1970er Jahren ermöglichte es einem problemorientierten Feld wie der FuK, institutionell Fuß zu fassen. Die FuK in Deutschland habe sich dabei auf den Kalten Krieg fokussiert, Schübe der Institutionalisierung erfolgten oftmals, wenn es eine Entspannung in der Blockkonfrontation gab. Ein geschichtswissenschaftlicher Zugang zur Geschichte der FuK könne beispielsweise über *oral history* erfolgen. In seinem Resümee betonte Gassert die Kontextualisierungsfunktion der Zeitgeschichte für die Friedens- und Konfliktforschung, von der eine kritische Reflexion profitieren könne. Die Zeitgeschichte müsse dabei Akteursnetzwerke identifizieren und spezifische Methoden der Quellenbeschaffung anwenden.

Prof. Dr. Peter Schlotter, der Discussant des Panels, erkannte die hochspannende Fragestellung des Projekts und stellte seinen eigenen Werdegang innerhalb der FuK in Relation. Der Zeitzeugenblick sei jedoch häufig ein Blick aus heutiger Perspektive. Aus Schlotters Sicht habe die Kubakrise als entscheidendes Element zur Konstituierung der Disziplin beigetragen, hinzugekommen sei die Erfahrung der deutschen Teilung.

An der anschließenden ausführlichen Diskussion beteiligten sich auch zahlreiche TeilnehmerInnen, die selbst zu der Gründergeneration der FuK gehörten oder in der weiteren Entstehungsgeschichte wichtige Funktionen innehatten.

Konflikteskalation und die Dynamiken von Grenzziehungen. Theoretische Perspektiven

Das von *Prof. Dr. Thorsten Bonacker* (Universität Marburg) moderierte Panel stellte theoretische und begriffliche Fragenstellungen in den Mittelpunkt aller drei Beiträge.

Anita Janassary (Universität Leipzig) analysierte die „Diaspora als personellen Akteur in Be- und Entgrenzungsprozessen“. Laut Janassary sei der Begriff der Diaspora in der Diskussion stark entgrenzt worden und ihr Papier versuche nun diesen Begriff wieder zu begrenzen. Eine zentrale Frage sei, ob Diaspora-Angehörige die Identität oder Konfliktbewertung ihres Ursprungslands (Konfliktlands) übernehmen oder sich davon entkoppeln würden. Generell sei der Begriff der Diaspora stark territorial geprägt und das vorliegende Paper versuche, dem einen nicht-territorialen Begriff entgegen zustellen.

Philipp Rückheim (Universität Luzern) knüpfte in seinem theoretischen Beitrag „Zur Bedeutsamkeit des Konflikts durch Thema und Publikum – Wie Zivilcourage und Videoüberwachung Konflikte verschärfen“ an den Luhmann'schen Konfliktbegriff an, welcher Konflikte als Formen des „Neins“ in der Kommunikation definiert. Konflikte würden bedeutend, wenn sie ein großes Publikum erreichten. Beobachtung könne einen Konflikt verschärfen und die Zuschreibung löse den Konflikt aus. Am konkreten Beispiel der Videoüberwachung öffentlicher Räume zeigte Rückheim, dass Gewalt dadurch eher zunehmen würde. Gerade Terroristen bräuchten ein Publikum, um ihre Ziele zu erreichen.

Lotta Mayer (Universität Marburg) beschäftigte sich in ihrem Beitrag mit dem Thema „Konfliktfolgen als Konfliktursachen: Grenzverhärtungen und Grenzauflösungen als Mechanismen der Eigendynamik hochgewaltsamer Konflikte“. Anknüpfend an die Erkenntnis, dass viele innerstaatliche Konflikte sehr lange andauern, fragte Mayer, wie man diese Eigendynamik erklären könne. Die Politikwissenschaft halte dazu die Erklärungsmodelle der „neuen Kriege“ sowie der Kriegsökonomie bereit, während die Soziologie dazu keinerlei Aussage treffen könne. Mayers Paper versucht die Entstehung bewaffneter Gruppen aus sozialen Bewegungen heraus zu erklären (Grenzverhärtung) und nutzt dabei die „symbolisch-interaktionistische Bewegungstheorie“. Nach dieser Theorie

entstünden soziale Bewegung in Abgrenzung zum Staat, bei der Unzufriedene ihre Wünsche adressieren, Ablehnung erfahren und dabei zur Delegitimierung des Staates beitragen. Der Einsatz von Gewalt sei vor allem bei schwachem Staat attraktiveres, weil erfolgversprechenderes Mittel. Durch eine Militarisierung des Konflikts würden Militär und Exekutive zunächst erstarken, später käme es häufig zu einer Zersplitterung. Die starke Zersplitterung beider Seiten mache den Sieg einer Seite schließlich unmöglich, da Friedensverhandlungen mit vielen Parteien nicht erfolgreich sein könnten.

Erinnerung, Vergangenheit, Zukunft: Identitätspolitik und die Konstruktion von Grenzen

Einleitend stellte die Moderatorin *Dr. Regine Mehl* (DIE Bonn) die Papergiver *Margret Otto* (Berlin) und *Carolina Rehrmann* (Universität Jena) vor, die sich in ihren Beiträgen mit Erinnerungskultur und Identitätsbildung in Sudan/Südsudan und Zypern beschäftigen.

Unter dem Titel „Neue Grenze – Neue Länder? Erinnerungskurse und Erinnerungsbildung als soziale und politische Strategien in Sudan und Südsudan“ behandelte *Margret Otto* die Forschungsfragen, welche Erinnerungsdiskurse bezogen auf das jeweils andere Land in den beiden Gesellschaften zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit verankert sind, welche Akteure involviert sind und welche Ziele sie haben. Sie kam zu dem Ergebnis, dass nur zwei in den Ländern existierende Gruppen eine ausgeprägte Erinnerungskultur pflegen: Während die Gruppe der Oppositionellen nach jahrzehntelangem Widerstand gegen die Regierung eine den ganzen Sudan betreffende Erinnerung mit einem sehr weit zurückreichenden Zeithorizont pflegte, fände bei der Gruppe der bewaffneten Widerstandskämpfer eine starke emotionale Grenzziehung statt, die auf einem auf den Kampf der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) fokussierten Nationalbewusstsein basiere. Die Wirksamkeit der Erinnerungsmodi für ein friedliches Miteinander der Volksgruppen in den beiden Staaten solle Gegenstand zukünftiger Forschung sein.

Carolina Rehrmann behandelte in ihrem Papier „Zypern – Über die Beharrlichkeit konstruierter Grenzen“ die Entwicklung des ethnischen Selbstverständnisses von griechischen und türkischen Zyprioten. Sie stellte fest, dass sich die beiden Volksgemeinschaften auf der Insel in den letzten Jahren stark voneinander entfernt hätten. Das auf beiden Seiten vorherrschende, ausgrenzende Selbstverständnis werde von den Machthabenden instrumentalisiert, um eine Blockade der zahlreichen bisherigen Verhandlungsversuche politisch fortzusetzen. Besonders seit dem EU-Beitritt Zyperns 2004, vor dem eine Volksabstimmung zur Aufnahme des Staates als Ganzes abgelehnt wurde, stelle die die Insel teilende Grenze ein völkerrechtliches Kuriosum dar. Einen Willen zur Annäherung zwischen den beiden Teilen stellte die Autorin nur bei politischen und kulturellen Initiativen zivilgesellschaftlichen Engagements fest, die in der UN-Pufferzone in der Hauptstadt Nikosia aktiv sind.

In der Diskussion wurde der Aspekt aufgeworfen, dass die behandelten Staatsteilungen neben der voneinander abgrenzenden Wirkung auch eine Schutzfunktion für die kulturelle Autonomie und Menschenrechte der betroffenen ethnischen Gruppen habe. Ebenso wurden die sich vor allem im Südsudan zeigenden Grenzen des europäischen Nationalitätsverständnisses aufgezeigt, die angesichts der Herausforderung des hier entstandenen Vielvölkerstaats deutlich würden. Im Verlauf des Panels zur Erinnerungskultur wurden außerdem wiederholt die Schnittstellen zur Geschichtswissenschaft herausgestellt.

„Meet the Editors“ – Panel mit VertreterInnen verschiedener Fachzeitschriften

Im von *Dr. Bettina Engels* (FU Berlin) moderierten Spezialformat „Meet the Editors“ bot die AFK erstmals die Möglichkeit, mit den MacherInnen der wichtigsten friedenswissenschaftlichen Zeitschriften im deutschsprachigen Raum in Kontakt zu treten und sich über Publikationsmöglichkeiten zu informieren.

Frank Sauer stellte die „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ (ZIB) vor. Die ZIB verstehe sich als Journal für Beiträge der Internationalen Beziehungen „mit großem und kleinem I“, also für Beiträge aus der Disziplin der Internationalen Beziehungen als auch für Beiträge über die internationalen Beziehungen. Alle Textformate der ZIB seien peer-reviewed und ein Review-Verfahren mit zwei Runden würde durchschnittlich 292 Tage dauern. Besonders hob er den ansteigenden Anteil an Autorinnen und NachwuchswissenschaftlerInnen hervor.

Als nächstes stellte *Prof. Dr. Christoph Weller* die neue „Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung“ (ZeFKo) vor, die im Auftrag des AFK-Vorstands herausgegeben wird. Aufsätze und Literaturbericht würden peer-reviewed, Beiträge im „Forum“ hingegen bewusst nicht. Neben den laufenden Heften seien thematisch-fokussierte Sonderbände mit Gast-HerausgeberInnen geplant.

Christiane Lammers präsentierte die „Wissenschaft + Frieden“ (W+F) als ein in der Friedensbewegung gründendes Journal mit „herrschaftskritischem Fokus“, welches traditionell Themen wie Anti-Militarismus, Friedenspolitik und Friedenspraxis in den Vordergrund stelle. Anders als bei anderen Zeitschriften arbeiteten Redaktion und Vorstand der W+F ehrenamtlich und verlagsunabhängig. Wissenschaft + Frieden sei in Themenheften strukturiert und seit neustem auch als elektronische Publikation (ePub) erhältlich.

Zum Abschluss stellte *Prof. Dr. Michael Brzoska* das in Hamburg herausgegebene Journal „Sicherheit und Frieden“ (S+F) vor. Ziel dieses Journals sei eine starke Problemorientierung, bei der keine reinen Wissenschaftsartikel publiziert würden. Ähnlich wie bei der W+F würden Schwerpunktheft mit deutschen und englischen Beiträgen herausgegeben. Aufgrund der besonderen Struktur der Zeitschrift hätten AutorInnen die Option ihre eingereichten Artikel peer-reviewen zu lassen, dies wäre allerdings nicht zwingend und für Beiträge aus der Praxis weniger relevant.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die deutliche Kritik aller HerausgeberInnen an der Messung von Impact-factors, insbesondere durch den Thomson Reuters Social Sciences Citation Index deutlich.

Plenarvortrag von Prof. Dr. Michael Brzoska (Universität Hamburg): „Grenzen des Militärischen“

Im zweiten, von *Dr. Bernhard Rinke* (Universität Osnabrück) moderierten Plenarvortrag stellte *Prof. Dr. Michael Brzoska* (Universität Hamburg) die Frage, wo die Grenzen zwischen dem Militärischen und dem Zivilen lägen und wie sich diese messen ließen. Im Folgenden bot Brzoska drei Abgrenzungsmöglichkeiten zwischen dem Militärischen und dem Nicht-Militärischen an: das Militär als organisierte Gewalt, als Ordnungsprinzip und als Institution. Möglicherweise käme es in allen drei Bereichen zu einer Verschiebung dieser Grenzen. Aktuelle Trends seien ein Formwandel organisierter Gewalt, hin zu einer sehr stark asymmetrisch Kriegsführung, bei gleichzeitigem Rückgang massiver Gewalt. Streitkräfte müssten sich an Asymmetrie anpassen und im Zuge dessen würden auch Geheimdienste

Gewalt anwenden. Rüstungsexporte stiegen weltweit massiv an, die Probleme bei Dual-Use-Gütern nahmen aufgrund ihrer Komplexität deutlich zu. Insgesamt könne im Vergleich zu früher von einem Prozess der Zivilisierung der Streitkräfte gesprochen werden. Polizeiliche und Peacekeeping-Tätigkeiten der Streitkräfte nahmen zu, was zu einer „Verpolizeilichung“ des post-modernen Militärs führe. Auch Ansätze wie CIMIC (*Civil-military Cooperation*), also die Vernetzung ziviler und militärischen Kompetenzen, würden die Unschärfe des Militärischen weiter ausprägen.

In der Plenardiskussion wurde unter anderem die Nutzung ziviler Projekte im Ausland zur *force protection* problematisiert und die Frage aufgeworfen, ob durch die sogenannte „Merkel-Doktrin“ ein neuer Trend zur Militarisierung entstünde. Abschließend wurde über den Sinn universitärer Friedensklauseln und über die teilweise scharfe Auseinandersetzung zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen diskutiert.

Gewaltkonflikte, Peacebuilding und das Lokale – Diskurse und Praktiken der Grenzziehung

Im Mittelpunkt dieses Panels stand die Frage danach, wie „das Lokale“ im Allgemeinen und lokale *agency* im Besonderen in der Friedens- und Konfliktforschung theoretisch konzeptualisiert und empirisch analysiert werden können.

Lisa Groß (Universität Konstanz) untersuchte in ihrem Beitrag lokale *agency* sowie das Verhältnis externer (internationaler) und interner (nationaler und lokaler) Akteure am Beispiel von Maßnahmen zur Polizeireform im Kosovo. Die Autorin hatte, insbesondere in Form Leitfaden gestützter Interviews, umfangreiche Daten erhoben, auf deren Grundlage sie die vielfältigen Handlungsstrategien der lokalen Akteure herausarbeitete.

Claudia Simons (SWP Berlin) stellte ein Papier vor, das sie gemeinsam mit *Andreas Hirblinger* (University of Cambridge) verfasste. Es widmet sich, von poststrukturalistischen Theorieansätzen inspiriert, kritisch der Frage, wie „das Lokale“ durch die Diskurse und Praktiken von Akteuren auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (lokal, national, international) konstruiert wird. Anstatt zur Zementierung eines vermeintlich gegebenen „Lokalen“ beizutragen, schlugen die AutorInnen vor, den Prozess des „becoming local“ als solchen analytisch in den Blick zu nehmen. Sie illustrierten ihre Perspektive anhand von Beispielen aus ihrer empirischen Forschung zu Burundi (Simons) und Südsudan (Hirblinger).

Bettina Engels (FU Berlin) würdigte in ihrem Kommentar, dass beide Papiere die in der Friedens- und Konfliktforschung wie selbstverständlich gebrauchten Begriffe lokal, national, international und global kritisch hinterfragten.

Verantwortlichkeit und Solidarität jenseits von staatlichen Grenzen? Regulierungen zur Einhegung von Gewalt.

Das Panel „Verantwortlichkeit und Solidarität jenseits von staatlichen Grenzen? Regulierungen zur Einhegung von Gewalt“ unter der Moderation von *Prof. Dr. Tanja Brühl* (Universität Frankfurt/M.) begann mit einem Vortrag von *Gregor Hofmann* und *Dr. Simone Wisotzki* (beide HSFK, Frankfurt/M.). Unter dem Titel „Solidarität jenseits staatlicher Grenzen? Globales Engagement zur Regulierung von Gewalt“ untersuchten sie Gerechtigkeitskonflikte im Rahmen von Regulierungen. Zwei Fälle standen dabei im Fokus: das Konzept der *Responsibility to Protect* (R2P) und der *Armes Trade Treaty* (ATT). Im Fall des ATT lassen sich nach Erkenntnis der Vortragenden normativ präskriptive Prämissen

identifizieren. So sagten sie etwa, im „Westen“ fungierten Menschenrechte, im globalen Süden die staatliche Souveränität als Argumentationslinien. Die Trennlinien seien jedoch wesentlich komplexer, da beispielsweise auch andere Staaten in Verhandlungen auf vermeintlich westlichen Linien liegen. Im Fall der R2P sei die Souveränitätsnorm ebenfalls sehr wichtig für den globalen Süden. Es existiere jedoch keine direkte Spaltung in den Verhandlungen, wie beim ATT, sondern auch Staaten des globalen Südens unterstützten die Position westlicher Staaten, die sich auf Rechtfertigungsnarrative oder Gerechtigkeitsmotive stütze. Diese Bezüge seien jedoch auf beiden Seiten zu erkennen. Souveränitätsansprüche würden dabei oftmals mit dem Gerechtigkeitsnarrativ verknüpft. Hofmann und Wisotzki sahen zusammenfassend eine Präsenz von Gerechtigkeitsansprüchen in internationalen Verhandlungen, wobei auch Souveränitätsansprüche als Gerechtigkeitsansprüche gerahmt würden.

Im zweiten Vortrag widmete sich *Dr. Matthias Dembinski* (HSFK, Frankfurt/M.) dem Thema „Die Regionalisierung globaler Regelwerke: Ein Beitrag zum oder eine Gefahr für das globale Regieren“. Dieses sei ein Feld zwischen globalen und regionalen Strukturen, so Dembinski. Es sei eine zunehmende Politisierung von Global Governance zu beobachten, das Muster der Auseinandersetzung sei dabei verwirrend. Die jeweiligen Regionalorganisationen stellten die Regulierungsmechanismen oftmals schon bei einer ersten Anwendung in Frage. Im Vortrag wurde die Frage aufgeworfen, wann die institutionelle Ordnung als gerecht empfunden wird. Eine Sicherung regionaler Mitsprache könnte laut Dembinski die empfundenen Gerechtigkeitslücken überbrücken. Als Beispiel nannte er die R2P in Afrika, wo die Regelung des Konzeptes beispielsweise durch die Afrikanische Union (AU) erfolgen könne. Ähnliche Muster ließen sich auch im Umfeld anderer Regulierungen finden, etwa bezüglich des Internationalen Strafgerichtshofes.

Der dritte Beitrag von *Dr. Aleksi Ylönen* (HSFK, Frankfurt/M.) trug den Titel „Who Has the Right to Secede? International Responses and Incentives for Separatist Armed Violence in Africa“. Das vorgestellte Forschungsprojekt bezieht dabei drei Punkte mit ein: die Identifizierung von theoretisch relevanten Kriterien, die Vereinigung dieser Kriterien in größeren Zusammenhängen und die Herausarbeitung von erfolgreichen und nicht erfolgreichen Fällen von Sezession. Jeder Sezessionsfall ist dabei für sich spezifisch. Für den Vergleich der vier Fälle, die sich aus negativen und positiven Sezessionen zusammensetzen, wurden dabei sechs Kategorien gebildet, die sich aus verschiedenen theoretischen Ansätzen speisen und die Argumente der internationalen Gemeinschaft reflektieren. Hier spielen etwa der Status der jeweiligen Minderheit als territoriale Mehrheit, Menschenrechtsverletzungen oder die kulturelle Differenz der Gruppen eine Rolle. In Ylönen's Forschung wurden die vorab aufgestellten Kategorien durch die erfolgreichen Fälle (Eritrea und Südsudan) bestätigt.

Dr. Sina Schüssler (Universität Marburg) kommentierte im Anschluss als Discussant die Papiere. Sie stellte einen Zusammenhang zwischen den Vorträgen her, die das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Menschenrechten, aber auch zwischen Rechten und Pflichten aufzeigten.

Die anschließende Diskussion beschäftigte sich zudem mit den Fragen, inwieweit regionale Organisationen eingreifen können oder was der Unterschied zwischen Gerechtigkeit und Legitimität sei. Abschließend wurde die Frage diskutiert, ob Gerechtigkeitsforschung mit empirischer Sozialforschung zu leisten sei.

Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises 2013

Peter Grab, Kulturbürgermeister der Stadt Augsburg, drückte in seinem Grußwort seine Freude über die fruchtbare Zusammenarbeit mit der AFK aus, deren Geschäftsstelle durch die finanzielle Förderung der Stadt und der Universität seit 2010 in der „Friedensstadt“ Augsburg angesiedelt ist. Er stellte heraus, dass die nachhaltige Verankerung von Frieden gerade durch die Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Vielfalt maßgeblich für das Selbstverständnis der „Friedensstadt“ sei.

Dr. Regine Mehl, 1. Vorsitzende der AFK, betonte, wie sehr sich die Namensgeberin des Nachwuchspreises, Christiane Rajewsky, um die AFK-Nachwuchsförderung verdient gemacht habe. Eine gute Nachwuchsförderung sei unverzichtbar, um neue Gedanken in die Wissenschaft zu bringen und nicht in die Falle der Selbstreferenz zu tappen.

Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Vorsitzende der Jury (FU Berlin), ging anschließend auf den diesjährigen Preisträger *Dr. Maximilian Lakitsch* und seine preisgekrönte Arbeit mit dem Titel „Unbehagen im modernen Staat – Über die Grundlagen staatlicher Gewalt“ ein. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stünde der „Staatsrand“, welcher von den „Ausgeschlossenen“ bewohnt werde. Die Arbeit analysiere das staatliche Gewaltmonopol und Ausgrenzungsmechanismen auf sehr kritische wie erkenntnisreiche Weise und sei damit „im Kern des Kerns der Friedens- und Konfliktforschung“ anzusiedeln.

Dr. Maximilian Lakitsch (Universität Graz), stellte in seiner Preisrede seine Arbeit als Problemdiagnose und Generalkritik am modernen Staat heraus. Dieser habe eine glitzernde Oberfläche, sei aber auf einem Fundament aus Gewalt aufgebaut.

Europas Grenzen – Konstruktion und Management von Grenzen durch die EU

Das von *Dr. Regine Mehl* (DIE Bonn) geleitete Panel „Europas Grenzen“ beschäftigte sich mit der Konstruktion und dem Management von Grenzen durch die Europäische Union.

Dr. Bernhard Rinke (Universität Osnabrück) stellte in seinem Beitrag „Die Konstruktion und Dekonstruktion der Grenzen Europas – Ein Baustellenbericht“ mittels umfangreichem Kartenmaterial zwei Bedeutungsebenen der Grenze (Form und Wesen) heraus und fragte danach, wo eigentlich Europas Grenzen lägen. Diese Diskussion sei vor allem im Zuge der Debatte um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei relevant, wobei laut Rinke die Geographie keine eindeutige Definition der Grenze Europas liefern könne. Auch politisch-funktionale sowie kulturell-religiöse Grenzen seien kaum hilfreich. Empirisch ließe sich eine häufige Abgrenzung gegen Feinde feststellen, die sich im Bild der „russischen Krake“ oder des „kranken Mannes am Bosphorus“ manifestieren würden. Insgesamt sei ein staatszentriertes, realistisches Weltbild vorherrschend, welches die Rolle der EU als Macht im internationalen System (Globalmacht) sähe. Ein Gegenentwurf könne die Rolle Europas als Friedensmacht, Zivilmacht oder normative Macht („Europa als Idee“) darstellen.

Götz Herrmann (Universität Bielefeld) stellte in seinem Vortrag „Zur Organisation von Zirkulation in der Europäischen Union: Die Beispiele Grenz- und Migrationsmanagement“, Grundüberlegungen seines Dissertationsprojekts vor. Herrmann vertrat die These, dass Freiheit in der EU als Zirkulationsfreiheit verstanden würde und dies eine sehr einflussreiche Idee von Freiheit sei. Diese Zirkulation habe Einfluss auf Grenzen und Herrschaft, da Freiheit ein Sicherheitsproblem darstellen könne. Theoretisch nutzte er die Machtanalytik nach Foucault (Sicherheitsdispositive), um festzustellen, dass nach offizieller Vorstellung „gute“ Zirkulation maximiert, „schlechte“ minimiert werden solle. Dies präge den gesamten

europäischen Sicherheitsdiskurs zu Themen wie Terrorismus, Krankheiten, organisierte Kriminalität und illegale Migration. Angestrebt würden sogenannte „Smart borders“, bei der die Grenze als Filter bzw. firewall wirken sollte.

Der Beitrag von *Sabrina Ellebrecht* (Universität Freiburg) zum Thema knüpfte in vielfältiger Weise am vorangegangenen an. Ellebrecht untersuchte das im Jahr 2008 entworfene EUROSUR- (European Surveillance)-System, welches Ende 2013 in Kraft treten soll. Dieses System sei ein „Grenzgebilde im Werden“, welches sich rechtsräumlich, aber nicht geographisch einordnen ließe. Das EUROSUR zeichne sich durch einen hohen Grad an Technisierung und europäischer Koordinierung aus und habe eine große Reichweite. Das System solle helfen, Ressourcen und Personal an den europäischen Außengrenzen optimal zu verteilen, wobei es durch die Nutzung von Geheimdienstinformationen zu einer Virtualisierung und Vorverlagerung der Grenzen käme. Trotz einer sehr kritischen Haltung wies Ellebrecht auch darauf hin, dass das System viel Transparenz biete und so eine – bisher vermisse – „Überwachung der Überwacher“ möglich sei.

In der Diskussion stand der Vergleich der Grenzschutzsysteme zwischen der EU und den USA im Vordergrund. Die Frage, ob die Informationen des EUROSUR grundsätzlich auch humanitär genutzt werden könnten, beantwortete Ellebrecht mit ja, da bessere, schnellere Information bereitgestellt werden könnten.

Territorial- und Grenzkonflikte der Gegenwart

Das Panel „Territorial- und Grenzkonflikte der Gegenwart“ wurde von *Sebastian Feyock* (DGAP Berlin) moderiert und konzentrierte allein auf den Vortrag von *Thomas Völker* (Erfurt) zum Thema „Vergrenzung in Zentralasien. Handel, sozio-ökonomische Stabilität und intraregionaler Frieden im postsowjetischen Raum“.

Völker ging zu Beginn auf den Charakter von Grenzen ein, die er als soziale Konstrukte, semi-permeable Membranen, institutionalisierte und institutionalisierende Prozesse und Ausdruck hegemonialer Herrschaftsverhältnisse charakterisierte. Aus der Transformationsphase nach der Sowjetherrschaft bilanzierte Völker einen wirtschaftlichen Niedergang Zentralasiens, wodurch Güter des alltäglichen Lebens teilweise nicht verfügbar seien. Als Ergebnis dessen seien viele Menschen im Kleinhandel tätig. Kirgisistan fungiere dabei als Zwischenhändlerstation, vor allem durch den Dordoi-Basar in Bischkek. Es ließe sich eine Professionalisierung von Oben beobachten, Kleinhändler würden durch Vorschriften und Neuerungen aus der Wirtschaft herausgedrängt und ihre Zahl ginge massiv zurück. Eine Zunahme der Arbeitsmigration nach Russland und Kasachstan sowie die Prekarisierung der Gesamtsituation der Menschen in Kirgisistan seien die Folgen.

In der abschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage nach der Ausrichtung deutscher Außenpolitik in Zentralasien gestellt. Diese sei stark durch wirtschaftliche Interessen im Erdgas und Erdölsektor, durch sicherheitspolitische Überlegungen und deutsche Minoritäten in der Region geprägt, so Völker.

Abschlussplenum: Zur Bedeutung von Grenzen für die Sicherung des Friedens

Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Universität Marburg) moderierte das Abschlussplenum, welches die Bedeutung von Grenzen zur Friedenssicherung in den Blick nehmen sollte. Bonacker stellte die einleitende Frage, warum Grenzen in Konflikten teilweise wirkungslos seien, aber

teilweise auch wirksamen Schutz bieten könnten. Die Vorstellung der PanelistInnen verband er mit der Betonung ihrer sehr unterschiedlichen methodischen Zugänge, nämlich Feldforschung, empirische Forschung und Praxis der Konfliktbearbeitung.

Prof. Dr. Thomas Diez (Universität Tübingen) sprach in seinem Eingangsstatement von der Ironie der Grenze, die mitunter eine subversiver Kraft habe. So komme es zu einer „Versicherheitlichung“, wenn Grenzen umstritten seien und sie würden unwichtiger, wenn sie anerkannt seien. Grenzen könnten Konfliktparteien trennen und so Gewalt kontrollierbar machen. Dies sei zwar Konflikt-Management aber keine Konflikt-Transformation. Er betonte, dass Menschen verschiedener Identitäten und Zugehörigkeiten Schwierigkeiten mit Grenzziehungen haben können. Als Beispiele nannte Diez den Palästina- (Zwei- oder Einstaatenlösung?) und den Zypern-Konflikt, in denen es nicht anerkannte Grenzen gäbe. Diez stellte die Frage, was gute Grenzen seien. Diese müssten erstens offen sein, damit sie Austausch ermöglichen, zweitens müssten sich die Grenzparteien gegenseitig sowie die gemeinsame Grenze anerkennen, drittens sei eine Entmilitarisierung förderlich aber nicht notwendig und viertens sei eine Einbettung in funktionale Kooperation (spill-overs) wünschenswert.

PD Dr. Conrad Schetter (ZEF/Universität Bonn) wies auf die interessante Verbindung von Grenzforschung und Konfliktforschung hin. Grenzen seien Brennpunkte der Globalisierung, gleichsam der „Ort“, an dem Souveränität verhandelt würde. Heute ließe sich eine Verschiebung von territorialen Grenzen hin zu sozialen Grenzen beobachten. Im Zuge seiner Feldforschung in Afghanistan habe er festgestellt, dass dort Grenzen zwischen Dörfern und Kommunen häufig von internationalen Akteuren gezogen worden wären, AfghanInnen seien allerdings eher mit dem Ansatz sozialer Netzwerke vertraut. In Pakistan würde die Grenzprovinz (FATA) als „Region der Wildheit“ behandelt und der Gedanke, dort Staatlichkeit zu implementieren, rücke in den Hintergrund. In den USA würden solche Überlegungen unter dem Stichwort „Ungoverned territories“ behandelt, also Räume, aus denen sich der Staat zurückzieht und diese zum Beispiel nur noch mit Drohnen überwacht.

Dr. Christina Stenner (Berlin Center for Integrative Mediation, CSSP) begann ihren Beitrag über Mediationsverfahren in Ägypten mit der Einsicht, dass in weiten Teilen des Landes der Sinai nicht als Teil Ägyptens betrachtet würde. Grenzen böten in diesem Kontext auch Handlungsspielräume für Terroristen, wie auch das Beispiel der Syrischen Al-Qaida im Irak zeige. Insgesamt stellte Stenner die ägyptische Gesellschaft als stark zersplittert dar; der Staat würde als künstlich wahrgenommen und habe keinerlei Autorität. Große Schwierigkeiten habe der Staat beispielsweise damit, die Grenze zum Gazastreifen wieder zu schließen und gerade der Sinai sei heute ein kaum kontrollierter Raum. Stenner hob die Ordnungsfunktion von Grenzen hervor, verwies aber auch auf das Problem, dass Extremisten regional arbeiten würden, während moderate Kräfte dies nur lokal täten. Eine weitere Frage sei, inwiefern der „Westen“ als ein „Außen“ wahrgenommen werde und dieses Außen als demokratischer Akteur wichtigen Einfluss auf die Gesellschaft haben könne.

In der Abschlussdiskussion wurde gefragt, ob nicht „guter Wille“ eine wichtige Voraussetzung für die Anerkennung von Grenzen sei und wie man diesen erreichen könne. Auch die Frage, ob Flüchtlinge die EU-Grenze anerkennen sollten, löste Diskussionen aus. Der „Habitus des Normaden“ wurde als große Herausforderung für das Konzept der territorialen Grenze gesehen. Thorsten Bonacker zog schließlich ein Fazit der Diskussion mit der Wendtschen Abwandlung „Borders are what states make of it“.